

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Anstellung 1,40 Mark, vierteljährlich
4,20 Mark, durch die Post 4,50 Mark
ausgeschlossen, Zustellungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Verlags-
stellen ausgenommen. Im
entsprechenden Verzeichnis unter
„Saale-Zeitung“ eingetragen. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Saale-Zeitung“ gestattet.
Zentral-Verlagsgesellschaft für
den Saale-Bezirk, Leipzig Nr. 1122,
der Saale-Abteilung Nr. 1123,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4000.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweihundachtzigster Jahrgang.

Abgabe
werden die 7 gepulverte Kolonnen
oder deren Raum mit 20 Pf. berech-
net und in unseren Annahmestellen
und allen Anzeigenschäften ange-
nommen. Reklamen die Seite 1 für
Schluss der Anzeigen-Annahme
vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-
nummer abends 6 Uhr. Abbestellun-
gen von Anzeigenschäften, sowie
solche Zustellungen, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erscheinungstage: 2mal, Sonntags 1mal.
Christentum und Saale-Bezirk
Halle: Halle, Dr. Deubnerstraße 17,
Leben-Verlagsanstalt: Markt 24
und Dr. Ullrichstraße 52.

Nr. 56.

Halle, Sonnabend, den 2. Februar

1918.

Die Entente will Zeit gewinnen.

Die Vereinigten Staaten warten den Verlauf der deutschen Streifbewegung ab.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB Großes Hauptquartier 2. Februar 1918.
Von den Kriegsgeschäften nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

23 000 Schiffstonnen versenkt.

Berlin, 1. Febr. (Amtlich.) Im mittleren und west-
lichen Mittelmeer wurde in letzter Zeit besonders der
Transportverkehr nach Italien und Frankreich gestört. Da-
bei wurden

14 Dampfer und ein Segler
mit über 23 000 Br.-Tonn. ver-
senkt.

Die Dampfer waren bis auf einen bewaffnet und
wird festgestellt. Die Mehrzahl wurde in geschützten durch-
geführten Angriffen aus stark geschützten Geleitzügen heraus-
geschossen, darunter ein großer Truppentransport-
dampfer, der unter harter Zerstörerbeschaltung fuhr, also
wird besonders wertvoll war. Der versenkte englische Segler
„Marta P.“ war mit Wein nach Matia unterwegs.
Der Chef des Admiralstabes der Marine.

„Völlig veränderte politische Lage.“

Ursache: Der Streit.

Basel, 2. Februar. (Priv.-Tel.) „Daily Chronicle“
schreibt: Die Vorgänge in Deutschland schaffen eine völlig
veränderte politische Lage. Angesichts dieser Umstände wird
die Entente keine Veranlassung zu Verhandlungen gesehen,
sondern sie muß abwarten, um einen vollständigen und sicheren
Sieg zu erringen.

Die „Times“ melden aus Washington: „New York
World“ bereitet in einem langen Artikel, der sich mit der
deutschen Streifbewegung befaßt, auf eine Veranlassung der
Stellungnahme Amerikas zum Frieden vor.

Die Entente lehnt jede Annäherung ab.

Wohin die Siegeszuversicht?

Zürich, 2. Febr. (Priv.-Tel.) Der „Zürcher Tages-
anzeiger“ schreibt: Die heute aus den Entente-Ländern vor-
liegenden Berichte lassen keinen Zweifel mehr übrig an der
Antwort der Regierungen auf die neueste Friedensoffensive der
Zentralmächte. Sie finden die gleiche Ablehnung wie alle
vorher gegangenen Annäherungsversuche. Worauf sich die
haltung der Entente gründet, ist nicht klar, da ihre mili-
tärliche Lage zurzeit nicht berichtigt ist, um daraus auf einen
nützigen Ausgang des Krieges zu schließen.

Die Antwort auf den Schlachtfeldern.

Die Entente wird hochmütig.

Amsterdam, 2. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Aus
New York wird gemeldet: In Washingtoner Regierungskreisen
wurde geäußert, daß die Antwort auf die Vorschläge
der leitenden Staatsminister der Zentralmächte nicht durch
Verhandlungen in den Kabinetskreisen gefügt werden können, sondern
lediglich auf den Schlachtfeldern erreicht werden dürfte.

Neue amerikanische Finanzoperationen.

Washington, 1. Februar. (Neuen.) Nach einer
Besprechung zwischen dem Schatzminister Wood und
den Vorsitzenden des Kongresses wurden Schritte für um-
fassende finanzielle Operationen im Zusammenhang mit den
Kriegszwecken eiviert. Man kam überein, am Montag gleich
in beiden Häusern des Kongresses ein Verwaltungsverfahren zum
Zweck der Errichtung einer Kriegs-Finanz-Gesellschaft mit
einem Kapital von 500 Millionen Dollar einzubringen, die
Unternehmungen der Privatindustrie finanzieren soll.

Die Entente kann sich auf keine Kriegsziele einigen!

Genf, 2. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Paris
wird gemeldet: Die Alliierten-Konferenz hat die Besprechung
der Kriegszielklärung auf zunächst vier Wochen vertagt, um
vorläufig von Kabinets- zu Kabinets weiter zu verhandeln.

Gemeinsamer Oberbefehl der Entente?

Zürich, 2. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Das
„Welt Journal“ meldet, daß auf der Alliierten-Konferenz
in Versailles die Frage des Oberbefehls über das gesamte
Ententeheer im Sinne der französischen Vorschläge durch-
geführt worden sei.

England für einen nordischen Bund.

Köln, 1. Februar. Die „Kölnische Zeitung“ meldet
aus Berlin vom 1. Februar: Wie in gutunterrichteten Kreisen
verlautet, soll England die Bildung eines nordischen Bundes
anstreben, der aus den skandinavischen Mächten,
Finnland und den baltischen Provinzen bestehen soll.
Einer Ausdehnung des baltischen Einflusses auf die baltischen
Provinzen setze England absolut feindlich gegenüber, da es
hierin eine Bedrohung seiner Ein- und Ausfuhr nach Rußland,
die bisher fast ausschließlich über baltische Häfen ging, er-
blickt. Zum Schutze seiner Interessen hat England dem Ver-
nehmen nach Beziehungen zu estnischen und lettischen
Kreisen angeknüpft, mit deren Hilfe es dem deutschen Einfluß
in den baltischen Provinzen entgegenarbeiten. Im Zusamen-
hang mit diesem Vorhaben steht auch das Bestreben, möglichst
viel Grund und Boden in den baltischen Provinzen in engli-
schen Besitz zu bringen.

Amerika befürchtet eine U-Boot-Offensive

Gestörte Lebensmittel-Lieferungen.

Rotterdam, 2. Februar. (Eigene Drahtnachricht.)
Aus Washington wird gemeldet: Der amerikanische Kriegs-
sekretär erklärte, man müsse sich auf eine halbige U-Boot-
Offensive gegen die Verbindungsline zwischen den Ver-
einigten Staaten und Frankreich gefaßt machen. Er gab
gleichzeitig zu erkennen, daß diese Gefahr der Regierung
große Beschränkungen auferlege und daß Nordamerika den
Alliierten gegenüber keine Garantien mehr leisten könne für
eine programmatische Lebensmittelbelieferung und für
Truppentransporte.

Selbstmord eines englischen Generals.

Amsterdam, 2. Februar. (Eigene Drahtnachricht.)
Aus London wird berichtet: Der frühere englische Ober-
leutnant in Mesopotamien Peacock, der seines
Kommandos enthoben worden war, weil er an der Mithratis-
schlacht in Mesopotamien schuldig sein sollte, hat sich in London
vergiftet.

Streiks in den Pariser Staatsbetrieben.

Zürich, 2. Febr. (Priv.-Tel.) Die heutigen Blätter
melden aus Paris, daß dort Teile der Arbeiter und Arbeit-
erinnen der Staatsbetriebe in den Ausstand getreten sind.

Der schwerste Luftangriff auf Paris.

Bis ins Herz von Paris vorgeedrungen.

Genf, 2. Febr. (Priv.-Tel.) Der „Matin“ schreibt
genauert, daß der deutsche Luftangriff auf Paris der
schwerste in diesem Krieges gewesen sei. Die Gefahr liege
nicht in der großen Anzahl der Dampfer und der Zerstörer,
sondern in der Tatsache, daß der Luftangriff bis ins Herz
der Hauptstadt gedrungen wurde. Bomben wurden auch nicht
weit von der Deputiertenkammer geworfen.

Finnische Schützenregimenter vor Helsingfors.

Unterbrochene Verbindungen.

Ropenhagen, 2. Februar. (Eigene Drahtnachricht.)
Wieder die finnische Bewegung liegen aus Torva folgende
Mitteilungen vor: Finnische erst kürzlich gebildete Schützen-
regimenter, die mit Munition und Waffnung versehen reich-
lich ausgerüstet sind, sind im Anmarsch auf Helsingfors, um die
von den Bolschewisten eingesetzte Arbeiterregierung zu klären.
Die Bahnlinie Helsingfors-Wiborg soll von diesen Soldaten
besetzt besetzt sein. Die Sonderverbindung zwischen Wiborg
und Peterburg sei vollkommen abgebrochen.
(Letzte Depeschen siehe auch Seite 3.)

Deutsche Arbeiterantwort.

Von Johannes Fildner-Hellmann, Arbeitersekretär, Mitglied
des Völkertages, Landtages, 3. St. Beirater der Artillerie.
König George und Wilson haben neuerdings wieder in
großen Ausmaßen sich bemüht, ihren Kriegsmotiv mit
fittlichen Zwecken zu verknüpfen und damit auch auf das
deutsche Volk einzuwirken. Wir wollen hier nur nicht dar-
über reden, daß die deutsche Arbeiterschaft glücklicherweise
weder von so kurzen Gedächtnis, noch von so mangelhafter
politischer Bildung ist, um nicht zu wissen, daß es bei den
beiden Rednern der Gegner vor kurzem aus einer ganz
anderen Tonart ging und daß von der Wiedholung eines
Kriegszweckes die Forderung dieser Völker und Länder durch
Frankreich in den Gesellschaften verzeichnet steht. Uns
kommt es in diesem Augenblick vor allen Dingen darauf an,
auszusprechen, daß das Arbeiterhandwerk aus unser
Kriegsziel nicht nur allen Dingen als ein Kampf um fittliche
Ziele darstellt.

Gerade wenn mit diesem Krieg allgemeine Menschheits-
ziele gefördert werden sollen, dann spielt Deutschland und
die Art, wie es aus dem Ringen hervorgeht, dabei eine aus-
schlaggebende Rolle. Was Deutschland nach der sozialen und
kulturellen Seite aus seinem Land und seinem Volk gemacht
hat, das ist nicht nur eine deutsche Angelegenheit, sondern
geht die ganze, bewußt aufwärts strebende Menschheit an.
Wir wollen zwar unsere Methode, ein Volk aus in einen
breiten Schichten auf eine höhere Stufe der Lebensanpassung
und Lebensgestaltung zu führen, gewiß niemand aufzwingen,
aber es ist doch für jeden Deutschen, zumal aus dem Arbeiter-
stand, eine wirkliche Menschheitsfrage, alles daran zu setzen, daß
uns die Möglichkeit unversehrt erhalten bleibt, weiterhin
so an unserem Volk und mit ihm zu arbeiten, wie wir es für
fittliche und soziale Pflicht halten.

Wir verlangen nicht, daß alles nach unserer Art gestaltet
werde; aber der Gedanke ist uns innerlich unmöglich, daß
die deutsche Volksteilung, dieses soziale und kulturelle
Kriegsziel, ein Volk von nahezu 70 Millionen so innerlich,
geistig zu werden, so mit höheren Streben zu füllen, so zu
innerlich gebundener Arbeitstreue zu haben, nach diesem
Krieg nicht weiter aus als Beispiel und als Sauer-
teig in der Welt wirken sollte. Gerade wir Arbeiter wissen,
was das für den einzelnen Beteiligten zu bedeuten hat. Ich
schreibe dies als einer, der in einer ländlichen Volkshalle
der schwäbischen Alb begann und dann über Handwerker-
und Wandererschaft, Gewerkschaften und politische Arbeit hin-
weg sich bewußt seinen Anteil an dem neuen Deutschland zu
sichern suchte. Darum kennen ich die Lebensbereicherung, die
denen in den Engtuben der Arbeit zuwächst, wenn man ihnen
den Geist besorgt, den Willen, den Verstand schärfen,
daß sie vom Einzelnen den Weg zum Volk und Staat, von
der Einzelarbeit den Weg zur Volksteilung finden können.
Und darin hat Deutschland mehr getan als alle unsere Feinde,
es will weiter diesen Weg gehen.

Aber — und das ist das Entschwendende — das ist nicht
nur eine Frage des fittlichen Willens, der sozialen Verant-
wortlichkeit, sondern auch des materiellen, wirtschaftlichen
Unterbaues und der Gestaltung unserer staatlichen Macht.
Wir müßten den Weg gehen, den Deutschland in den letzten
hundert Jahren gegangen ist. Wir müßten zu den materiellen
Erträgen der deutschen Bauernarbeit noch vom Reichtum
der übrigen Welt herbeiziehen. Was in diesen hundert
Jahren liegt an politischem, geistigem, wirtschaftlichem,
sozialem, feilschem Ringen, wo wir einzelne Stände und
Volksteile zwingen, sich mit neuen Methoden der Arbeit aus-
einander zu legen, um die Grundlagen unserer Wirtschaft
für ein wachsendes Volk aufnahmefähig, tragfähig zu ge-
halten, das ist nur möglich, wenn wahrhaft fittliche, will-
igen Menschenwerke erhalten und fördernde Ziele dabei
verfolgt werden. Das deutsche Volk hat es sich wohl Gott
nicht leicht gemacht, als es den Entschluß faßte, fünfzigjährig
nicht mehr Menschenaufsucht nach fremde Wälder zu sein.
Was hat es seinen Bauern und Handwerkern, was den ersten
Generationen seiner Arbeiter an Leistung und Entbehrung
zugemutet, bis es die Fundamente des Deutschland gepflastert
hatte, das dann in Brüssel 1910 seine letzte Leistung aus-
breitete vor der Welt.

Der französisch-englisch-amerikanische Standpunkt: „Soll
ich meines Bruders Häute sein?“ isten aus vielen in Deutsch-
land der bequemer Weg; aber Deutschland als Volk und als
sozialistische Macht hat sich nicht dabei beruhigt, sondern hat
eine soziale Verantwortlichkeit des Einzelnen und der Ge-
meinschaft immer mehr entwickelt, aus der heraus der Staat
Kraft und Macht heranzog, um die Volksteilung aller

Vollgenossen zu räumen, zumal auch deren, die aus Eigenem dazu nicht in der Lage waren. In der Kollektivbildung, Berufsbildung, Sozialpolitik ist nicht nur aus wirtschaftlicher, sondern auch aus militärischer Hinsicht, weil man die Volkswirtschaft und Leistung dadurch hob, sondern aus der hohen politischen Verantwortung heraus, daß der Mensch das höchste Gut eines Staates und seine Erhaltung der höchste Staatszweck ist.

Mit solchen Augen sehen wir den Bauern an seinem Pflug und wissen, was unter seiner Hand aus dem Kaligraben des Schlasses aus an Wirtschaft und Kulturkraft zum Vorschein kommt. So sehen wir die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Legierer und Kaufleute, die Beriberen und die stolzen Schiffe auf weitem Meer. Alles unentbehrliche Hilfsmittel für unser kulturelles Wert an einer Gemeinschaft von 70 Millionen Menschen. So steht vor uns das Zusammenstoßen und Zusammenwachsen der deutschen Stämme, bis das Deutschland, das einst Friedrich I. mit dem Schwert im rechten Hand, Lebensarbeit sah, zur harten, schönen Wirklichkeit wurde. So begreifen wir die ganze Mannigfaltigkeit des wirtschaftlichen, sozialen, politischen Strebens und Wollens in unserem deutschen Volk als ein großes, gewaltiges Suchen und Schaffen zu höheren Lebensformen und reicherem Lebensinhalt unseres Volkes.

Begreifen die Wilson und Lloyd George nicht, wie die Beteiligung der Mitarbeit, die Mitverantwortung der Arbeiter an einem Volkstum solcher Art gerade die im Inneren erfüllt, ihrem Leben einen größeren Aufschwung und Hintergrund gibt? Gerade weil wir deutschen Arbeiter nicht lediglich um materielle Ziele kämpfen, auch in der Arbeiterbewegung nicht? Weil wir eben begreifen haben, was einst Thomas Carlyle den englischen Arbeitern zurief: „Du bist nicht bloß ein zweibeiniger Baumstumpf, sondern ein bewußter Mensch, der seinen Geist und seinen Willen einsetzt, um die Welt zu verbessern.“ Darum hängen wir mit unerschütterlicher Treue an einem Volk und seinem Staat, das die Herausforderung eines solchen Menschentums für alle seine Glieder als das höchste Ziel seines staatlichen und wirtschaftlichen Schaffens gesetzt hat. Das zu ermöglichen, ist die Leistung, die wir uns an dem Volk und dem Staat zu leisten, die die geschichtliche Verantwortung, die wir tragen. Und weil wir nicht bloß Baumstumpfe oder Bergleute oder was sonst immer sein, nicht von Stundenlöhnen leben und um ihren Lohn allein arbeiten, darum nehmen wir teil und entschlossen unser Stück Verantwortung an uns, und die Freude haben zu erleben: dieses hohe Gut, ein Stück Menschheitsgeschichte selber durch die Zeiten zu tragen, ist denen besonders teuer, die durch ihr Volk und ihren Staat erst diesen Adel erlangen konnten — den deutschen Arbeitern.

Die Vergewaltigung der Ukraine.

Berlin, 1. Febr. „Neuere Kottbuser Courant“ läßt sich aus Stodolitz folgendes über die Verhältnisse der Sowjets in der Ukraine berichten: Der Kongreß der ukrainischen Sowjets wurde durch die Bolschewisten in einer Weise einberufen, daß sie nicht waren, die Freiheit zu erhalten. So hat zum Beispiel die Stadt Poltawa mit ihren 60 000 Einwohnern das Recht, jeden Abgeordneten dortigen zu wählen, während der Kongreß des Gouvernements, das 2 1/2 Millionen Einwohner zählt, nur vier Abgeordnete wählen durfte. Die Stadt Iwano-Franko durfte ebenfalls sieben Abgeordnete ernennen, obgleich sie nur 30 000 Einwohner zählt. Der Kongreß des Gouvernements erhielt das Recht, vier Abgeordnete zu wählen! Nur aus wiederholter Proteste der ukrainischen Organisationsgänger gelang es, ein einziger und richtiger Vertreter der Verteidigung über; das Resultat war, daß die Ukraine nicht mehr durch die Bolschewisten, sondern durch die Ukrainer vertreten wird.

Auf dem Kongreß selber wurden dann auch nur 5 v. H. der Stimmen erzielt, nämlich 124 von 2500 Teilnehmern. Um ihre Haltung zu retten, versuchten die Bolschewisten den Kongreß demokratisch, nachdem sie einen Protest gegen die Besetzung ihrer Organisationsmethode eingelegt und den Kongreß für ungesetzlich erklärt hatten. Dieser Protest, welcher von den bekanntesten demokratischen Führern der Ukraine nur von 124 Bolschewisten unterstützt, die insgesamt nur 49 Arbeiter- und Soldatenstimmen vertraten. Nachdem sie den Kongreß verlassen hatten, beschloßen die Bolschewisten, sich selber zum ukrainischen Kongreß zu erklären. Sie reisten zu diesem Zweck nach Chortow, wo sie sich hinführen als in einem und halten eine Versammlung ab, die sie festerlich den Namen „Groß-ukrainischer Kongreß der Arbeiter, Soldaten- und Bauernvertreter“ geben. Sie ernannten einen Vorstand und behaupteten, daß dieser die einzige gesetzmäßige Regierungsinstitution sei. Die Regierung in Petersburg schickte ein Glückwunschtelegramm an diese neue Regierung, und die Petersburger Telegraphen-Agentur telegraphierte den Bericht darüber in alle Welt.

Neues Attentat auf Lenin.

Berlin, 1. Februar. (Reuter.) „Dain News“ erzählt aus Petersburg, daß ein neues Attentat auf Lenin missglückt ist. Ein junger Mann in Studentenkleidern drang in das Wohnquartier ein und gab Revolverkugeln ab, ohne Schaden anzurichten. Er wurde verhaftet.

Die russische Demobilisierung.

Petersburg, 30. Januar. Das bolschewistische Kommando für die Demobilisierung hat bisher 56 000 Arbeiter dem Hinterlande überwiesen. Eine Infanterie-Division meldet von der Front: 6250 Mann = 97 Proz. entlassen, 3 Proz. an der Front verbleibend.

Bolschewistische Aufwiegungsversuche in Wien?

T. U. Genf, 1. Februar. Die Radio-Agentur berichtet aus Petersburg: Die russische Delegation in Wien hat die Wiener Arbeiter mit dem Versprechen der bolschewistischen Sozialdemokratischen Besprechungen aufzuwachen zu dürfen. Eine Antwort liegt noch nicht vor.

Trost über England.

Petersburg, 30. Januar. In einer Rede im Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte am 26. Januar erklärte Trotski: Der englische Imperialismus hat erkannt, daß er Deutschland nicht besiegen kann. Nur ergibt sich auf Kosten Deutschlands die Konvention, die man Deutschland lassen muß, so daß bei seinen Unterhandlungen mit den englischen und amerikanischen Imperialisten nachgiebiger zu stimmen. Einen unumkehrlichen Frieden kann es nicht geben, es kann nur zu einem unglücklichen Frieden kommen. Wollten wir uns verpflichten, auf alle Fälle nur einen allgemeinen Frieden zu schließen, so müßte das, der französischen und englischen Böse einen Wechsel anstellen, der nur mit Strömen Bluts unserer Soldaten eingeleitet werden könnte.

Die Verluste der Engländer.

Berlin, 1. Februar. In der Zeit vom 1. bis 10. Januar 1918 haben die Engländer nach eigenen Veröffentlichungen 856 Offiziere und 30 758 Mann an Toten, Vermundeten und Vermissten verloren. Nicht eingerechnet ist hierbei der erhebliche Abgang an Kranken, der infolge der schlechten Verhältnisse der Engländer besonders hoch ist.

England ohne weitere Reserven.

T. U. Genf, 1. Februar. In der Verfasserkonferenz gab Lord Milner dem Berechnen nach im Namen der englischen Regierung die Erklärung ab, daß diese nicht imstande sei, sich militärisch an der französischen und italienischen Front härter zu betätigen als bisher, wie dies bis zum Einsetzen der amerikanischen Hilfe verlangt worden war.

Landsdones Friedensgedanken.

London, 1. Februar. (Reuter.) Eine Abordnung, hauptsächlich aus Schriftstellern und Journalisten bestehend, überreichte Lord Lansdowne eine Petition in Anerkennung seiner dem Lande durch seinen Brief an den „Daily Telegraph“ vom 20. 1. geleisteten Dienste. In seiner Antwort verweist sich Lansdowne gegen jene, die in seinem Brief einen Ausdruck von Schwermut erklärten, und erklärte, er und seine Freunde waren ebenso auf die Ehre des Landes bedacht und ebenso entschlossen, daß der Krieg mit einem ehrenhaften Frieden ende, als ihre lärmendsten Kritiker. Was nun den Zweck des Briefes anbelangt, sagte Lansdowne, so glaube ich, daß wir alle bereit sind, diesen hoffentlichen Krieg so lange fortzusetzen, bis wir einen klaren Frieden bekommen können. Aber wir wünschen, daß keine Gelegenheit verstimmt werde, diesen Frieden näher zu bringen. Einige halten an der Meinung fest, daß ein solcher Frieden nur durch einen militärischen Erfolg erreicht werden könne, andere glauben, daß er nur durch einen vollkommenen Sieg, entweder durch eine entscheidende Kampfhandlung oder durch einen Zerstoßungsprozess erreichbar sei. Er wisse jedoch keine maßgebenden Personen, die bereit seien zu sagen, ein vollkommenes Sieg im Feld liege in Sicht. Ein Zerstoßungsprozess müßte sehr lange dauern, Personen, die dieser Frage nicht viel Bedeutung beilegen, müßten zwei Jahre Krieg bedeuten, das Ansehen der Staatsschuld, die Knappheit an Lebensmitteln würde in eine Hungersnot ausarten und ein Verbleiben würde in der ganzen zivilisierten Welt eintreten. Darum müssen wir versuchen, einen ehrenhaften, dauernden Frieden zur richtigen Zeit zu erzielen. Der einzige Weg dazu liegt in der Vereinigung aller Mächte, keine Vereinigung einer Gruppe gegen eine andere Gruppe, dahingehend eben internationalen Streit einer internationalen Gerichtsbarkeit zu überweisen und gegen alle verwerflichen widerrechtlichen Teilhaber Zwang anzuwenden. Die Teilnahme Deutschlands an einem solchen Vebereinkommen würde die Vereinigung des preußischen Militarismus bedeuten.

Die Versailler Konferenz und die Streikbewegung in Deutschland.

T. U. Genf, 1. Februar. Die Konferenz in Versailles hat am Mittwoch zwei Sitzungen, eine militärische und eine politische, abgehalten. Auf diplomatischem Gebiete befaßte man sich mit der neuen Lage Frankreichs, wobei besonders von den englischen und amerikanischen Vertretern auf eine Annäherung an die Bolschewisten Wert gelegt wurde. Ferner wurde die Frage des Auftrags auf die Aufstellung von Hertling und Czernin in die künftigen Verhandlungen eingebracht. Der deutschen und österreichischen Streikbewegung wurde große Bedeutung beigemessen und beschlossen, dieser Bewegung durch alle verfügbaren Mittel, mit Propaganda usw., Vorstoß zu leisten. Wie das „Zeit Journal“ aus der Konferenz erzählt, hat die Frage des einheitlichen militärischen Oberkommandos eine Lösung im Sinne der Wünsche Frankreichs gefunden.

Deutsches Reich.

Pressevertreter im Herrenhaus?

Berlin, 1. Februar. Der Verein Berliner Presse hat als der älteste und größte journalistische Berufsverein Deutschlands an die beiden Häuser des Reichstages eine Eingabe gerichtet, daß dem Reichstag ein Beleges betreffend die Zusammenkunft des Herrenhauses ein Abf. 9 hinzugefügt werde, der bestimmt, daß mindestens 3 Mitglieder der preussischen Tagespresse als Vertreter der preussischen Journalistik gemäß dem Abf. 25a als Mitglieder des Herrenhauses präsentiert werden sollen. In der eingehenden Begründung weist die Eingabe darauf hin, daß die Presse neben den Universitäten und der Kirche eine der Quellen ist, aus denen die geistigen und religiösen Bewegungen des Volkes ihre Nahrung ziehen, und daß der Minister des Innern selbst in seiner Einführungsvorrede zum Wahlrechtsverordnungs die Vertreter der Presse unter benannten genannt hat. Deren Stimme im Herrenhaus zu vernehmen, müßte, da diese Männer der preussischen Journalistik ihrer ganzen Eigenheit nach als Beleggeber besonders prädestiniert wären.

Sachsen für eine Kriegsschädigung.

Dresden, 31. Januar. Bei der allgemeinen Einberufung in der ersten Kammer erklärte heute der Finanzminister, daß dem Gedanken einer großen Vermögensschädigung bei der Deduktion der Kriegsschulden sehr zu wünschen sei. Er erklärte, daß die Vermögensschädigung ein Mittel sei, um die Kriegsschulden zu decken, und daß die Vermögensschädigung ein Mittel sei, um die Kriegsschulden zu decken, und daß die Vermögensschädigung ein Mittel sei, um die Kriegsschulden zu decken.

Verhaftung eines parlamentarischen Streikführers.

T. U. Berlin, 1. Februar. Der Reichstagsabgeordnete Dittmann von den Unabhängigen Sozialdemokraten ist gestern vormittag verhaftet worden. Ueber den Tatbestand erzählt das „Berl. Tagebl.“ von maßgebender Seite folgendes: Dittmann war Mitglied der Streikleitung. Ferner war er im von dem Oberbefehlshaber jede weitere Betätigung für diesen Streik verboten worden. Unter Aufhebung dieses Verbots verhaftete Dittmann zu gehen in einer unerlaubten Versammlung in Leipzig an einer großen Volksmenge zu sprechen. „Der Streik hochhalten.“ Die Staatsanwaltschaft ließ in diesem Auftritte und insbesondere die Staatsanwaltschaft Aufforderung eine strafbare Handlung, und zwar nicht nur eine Verletzung des Belagerungszustandsgesetzes, sondern eine Aufforderung zum Landesverrat. Dittmann ist heute früh dem zuständigen Staatsanwalt zur Vernehmung vorgeführt worden.

Streikdebatte im Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses.

In der Donnerstagssitzung des Staatshaushaltsauschusses des Abgeordnetenhauses kamen auch dem fortschrittlichen Redner, dessen Rednerungen wir bereits gestern mitgeteilt haben, auch noch Vertreter anderer Parteien an die Streikbewegung zu sprechen. Der Zentrumredner, ein christlicher Gewerkschaftsführer, führte aus, daß die von ihm verurteilte Streikbewegung in Deutschland durchaus nicht diesen großen Umfang hätte annehmen können, wenn man bei der Behandlung der Arbeiter eine größere Rücksicht hätte walten lassen. Weiter wollte er auf diese Sache gar nicht eingehen. Der Sozialdemokrat erklärte ebenfalls, daß die Streikfrage nicht eingehen zu wollen, da er von den Streikenden weder etwas ermahnen, noch sich auch sonst berufen zu fühlen, im Namen der Streikenden irgendwelche Ausfahrungen zu machen. Er beugte sich damit, festzustellen, daß sowohl ein Delegiertentag der Reichs- und Landesgewerkschaften im Bezirk Mitteldeutsch als auch ein Delegiertentag der christlichen Gewerkschaften im Bezirk Ostpreußen sich gegen die Streikbewegung gewendet hätten, in ihren Entschlüsse auszuführen, daß die Regierung die Arbeiterforderungen nach besserer Ernährung sorgfältig berücksichtigen müsse, und daß die Verärgerung der inneren Reformen, namentlich des Wahlrechts, in das Reichstagsgesetz, das den Streikenden ein Recht auf einen Streik gegeben habe, ein Verstoß gegen die Verfassung sei. Der Reichstagsminister äußerte sich zu dem Streik mit den Worten, er wolle in der gegenwärtigen Situation auf die Bewegung nicht eingehen. Er behaupte nur, daß durch die Arbeitseinstellungen eine Verlängerung des Krieges eintrete.

Der Bauetat

beschäftigte am Freitag den Staatshaushaltsetat des Abgeordnetenhauses. Ein nationalliberaler Antrag verlangt den Bau des Mittelbahnkanals, ein fortschrittlicher Antrag den Ausbau der Ostbahn. Die Baukosten für den Mittelbahnkanal sind auf 100 Millionen geschätzt. Der Minister sprach sich grundförmlich für den Bau weiterer Wasserstraßen aus. Der Krieg habe in dieser Hinsicht keine Lehre gegeben. Es sei ungewiß, ob die Eisenbahnen während des Krieges eine große Entlastung eingeleitet wäre. Inzwischen müßte bei den Kanalprojekten Rücksicht auf die Finanzlage genommen werden.

Der Finanzminister unterließ es nicht, Hinweis zu machen durch eine Darlegung der großen finanziellen Schwierigkeiten, in die das Reich und der Staat durch den Krieg hineinkommen. Ein konservativer erklärte, daß seine Freude sich bei Kanalvorlage freundlich gegenüberstellen und auch ihre Anführer den Bundesrat Mittelbahnkanals genehmigen.

Ein Volksparteiler gab einen Überblick über den noch notwendigen Ausbau unserer Wasserstraßen nach Osten bis zum Oberrhein im Anschluß an die Rhein-Donau-Verbindung. Wenn nur einzelne Bundesstaaten, wie der Weilen, besonders mit Wasserstraßen bedacht werden, so kann das eine Entwicklung der gewerblichen Tätigkeit im Osten und dem Wiedereinzuführen der alten deutschen Handelswege an der Ostsee nicht dienlich sein. Insbesondere muß auf die alte deutsche Stadt Danzig Rücksicht genommen werden, die durch die politische und gewerbliche Entzweiung Deutschlands ins Stillestehen gekommen ist und Anspruch darauf hat, besonders jetzt nach den schweren Kriegsschäden beim Ausbau der Wasserstraßen berücksichtigt zu werden.

Ein nationalliberaler Redner betonte die Bedeutung des ostpreussischen Erzbeckens für die deutsche Industrie. Der Sozialdemokrat erkannte dies an, erwiderte aber, daß sein früheres Verbot der Erzeugung von Eisenwaren für unsere Industrie weit besser durch verträgliche Abmachungen als durch die Anexion des französischen Gebietes gestützt werden können.

Die Anträge des Zentrums und der Nationalliberalen wurden angenommen, dagegen der sozialistische Antrag gegen die Stimmen der Volkspartei, einiger Nationalliberaler und des Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Minister erwiderte auf eine sozialdemokratische Anfrage über Maßnahmen zur Milderung der Wohnungsnot und zur Förderung des Kleinwohnungsbaus, daß das ganze Wohnungswesen dem Ministerium für öffentliche Arbeiten unterstellt

